



Die Blaue Fahne

Alternative Ratspolitik für Bielefeld

Ausgabe 9 / 2022

IRAKER SOLL SICH AN PSYCHISCH KRANKER PATIENTIN IN BETHEL VERGANGEN HABEN

Eine 20-jährige Patientin des Evangelischen Klinikums Bethel soll an Silvester von einem 33-jährigen irakischen Wachmann sexuell genötigt worden sein. Die junge Frau war in Gilead IV untergebracht, wo psychisch kranke Menschen behandelt werden.

Nachdem er sein Opfer auf eine Tour seinem Auto mitgenommen hatte und dort bereits zu ersten Zudringlichkeiten kam, soll der Täter die junge Frau eingeschlossen und versucht haben, sich an ihr zu verge-

hen. Glücklicherweise konnte sie rechtzeitig auf sich aufmerksam machen. Der Iraker wurde des Gebäudes verwiesen. 2019 und 2020 war das Klinikum Bethel bereits wegen einer Serie von Vergewaltigungen durch einen Arzt in die Schlagzeilen geraten. Bis heute wird gegen Verantwortliche der Klinik ermittelt.

Diese Tat macht fassungslos. Wie kann der Mitarbeiter eines externen Sicherheitsdienstes die Patientin einer Klinik für Psychiatrie "mal eben"

mit auf eine Spritztour nehmen? Gerade nach den bekannt gewordenen Vergewaltigungsfällen hätten strengere Sicherheitsvorkehrungen herrschen müssen. Und: Welchen Standards unterliegt die Beauftragung von Sicherheitsdiensten und deren Mitarbeitern in derlei Einrichtungen? Auf welche Weise werden die Wachleute von der Klinik vorab auf ihre Eignung hin überprüft? Klar ist: Bethel wird sich nun vielen Fragen stellen müssen, um das verloren gegangene Vertrauen wiederherzustellen.

ZAHL DES MONATS

300

Nicht weniger Abhängige aus der ganzen Region wollte ein privates Unternehmen, ausgerechnet im Problemviertel um den Hauptbahnhof, mit medizinischem Heroin versorgen. Natürlich war die legale Drogenvergabe auch Thema im Rat und in den Ausschüssen.

Die AfD-Ratsgruppe hat sich in aller Deutlichkeit dagegen positioniert. Was wir wollen, ist ein sauberer, drogenfreier Hauptbahnhof, ohne stetig wachsende Szene und Kriminalität.

AFD FRAGT NACH: PARKPLÄTZE

Im Ehlenruper Weg ist eine Fahrradstraße geplant, für die diverse Parkplätze wegfallen sollen. Vor allem die Gebiete beim Landgericht, der Bielsteinstraße und dem Krankenhaus Mitte sind betroffen. Das bleibt nicht ohne Einschränkungen für die dortigen Anwohner. Die strengen Vorgaben für die Fahrradstraße (Breite von 4,50m + 70 cm „Sicherheitsstreifen zu parkenden Autos“ + 2,50m Gehweg) führen zu einem erheblichen Wegfall von öffentlichen Parkplätzen.

Initiator der Anfrage und unser Mann in der Bezirksvertretung Mitte, Ratsherr und verkehrspolitischer Sprecher, Maximilian Kneller, kritisiert: „Viele Anwohner und Gewerbetreibende artikulierten immer wieder ihre Kritik an dem

drohenden Verlust der Stellflächen. Das Interesse der Stadt, Kompromisse bei der Planung einzugehen, um die Folgen des Umbaus einzugrenzen, scheint dagegen nicht zu bestehen.“

Darauf wollte Kneller es nicht beruhen lassen: „Um uns ein Bild zu machen und die Bürger aufklären zu können, haben wir bei der Bezirksbürgermeisterin des Stadtbezirks Bielefeld-Mitte eine Anfrage gestellt. Dabei interessiert uns unter anderem, ob Zahlen zu den aktuell zur Verfügung stehenden öffentlichen Parkplätzen in den entsprechenden Bereichen existieren. Weiter steht Frau Henke uns Rede und Antwort, wie viele Parkplätze genau durch die geplanten Fahrradstraße wegfallen werden.“

STADT KÜNDIGT AN, DASS GEFLÜCHTETE ROMA DAUERHAFT IN BIELEFELD BLEIBEN SOLLEN

Vor einigen Tagen berichtete der Bielefelder Sozialdezernent, Ingo Nürnberger, im Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) über Flüchtlinge aus der Ukraine. Dabei erwähnte er, dass Roma aus dem Donbass sich wohl auf Grund angeblicher Verfolgung dauerhaft in Deutschland aufhalten werden. In der Informationsvorlage heißt es, es habe sich rund um die Unterkünfte der betreffenden Gruppe ein erkennbarer Integrationsbedarf ergeben, das Ankommen der Roma gestalte sich schwierig und es sei nötig, ihnen die gesellschaftlichen Normen näher zu bringen.

Der Vorsitzende und sozialpolitische Sprecher der AfD-Ratsgruppe Bielefeld, Dr. Florian Sander, erklärt

dazu: „Im logischen Umkehrschluss würde das ja bedeuten, dass unsere gesellschaftlichen Normen bislang bei der Gruppe wohl nicht ausreichend angekommen sind. Das brachte ich auch gegenüber Herrn Nürnberger zum Ausdruck und bat ihn um Konkretisierung der Problematik.“ Merklich herumdruksend erklärte der Dezernent, man müsse viele aus der Gruppe noch "wohnfähig



machen“, es gebe wenig "Bildungs- und Schulerfahrung", auch "Suchtprobleme" seien vorzufinden und die Erziehung sei anders als in Deutschland erwartet.

In der Sitzung ist seitens anderer Ausschussmitglieder daraufhin von einer Gruppe "mit besonderen Bedarfen" die Rede gewesen. Sander: "Wer in ein anderes Land einreist, hat sich dort - von sich aus - so zu verhalten, wie die gesellschaftlichen Normen vor Ort es erfordern. Es kann nicht Aufgabe der Aufnahmegesellschaft sein, den Gästen im eigenen Haus erst auf eigene Kosten grundlegende Verhaltensregeln beibringen zu müssen. Das ist eine Verdrehung der Verantwortlichkeiten."

ANFRAGE ZUM PROZESS FÜR MEHR KOMMUNALE PARTIZIPATION IN BIELEFELD

Die Stadt Bielefeld möchte nach eigenen Angaben mehr kommunale Partizipation in Bielefeld erreichen und hat dazu einen Planungsprozess angestoßen.

Im dem dazugehörigen Arbeitsgremium soll außerdem ein Vertreter des „Netzwerks Bürger:innenbeteiligung“ sitzen, welches damit wirbt, dass auch Vertreter von Politik und Verwaltung in ihm aktiv sind.

Dies birgt die Gefahr parteipolitischer Doppelstrukturen, im Zuge derer auf indirektem Wege ein zusätzlicher Vertreter einer politischen Partei in das Gremium Einzug halten könnte, was informelle Mehrheitsverhältnisse zugunsten bestimmter politischer Orientierungen respektive zu Ungunsten anderer politischer Ausrichtungen verstärken könnte.

Im zugrundeliegenden Arbeitspapier ist zudem von der Zielsetzung die Rede, dass das Thema Partizipation bei den Auszubildenden und Studenten der Stadt Bielefeld eine besondere Rolle einnehmen soll.

Auf Initiative des AfD-Ratsgruppenvorsitzenden, Dr. Florian Sander, ist eine Anfrage an die Stadt Bielefeld eingegangen, die Klarheit schaffen soll: „Zum einen möchten wir wissen, wie gewährleistet wird, dass im begleitenden Arbeitsgremium parteipolitische Doppelstrukturen vermieden werden.“

Außerdem verlangen wir Auskunft darüber, wichtig dem Oberbürgermeister bei dem Prozess hin zu mehr Partizipation eine politisch tolerante Dialog- und Diskurskultur in der Stadtgesellschaft sind, die mit den Positionen politisch Andersdenken-

der sachlich und ohne Ausgrenzung umgeht sowie offene Diskussion zulässt.“

IMPRESSUM

AFD-Ratsgruppe Bielefeld
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Vorsitzender:
Dr. Florian Sander

Kontakt:
presse.ratsgruppe@afd-
bielefeld.de

Titelgrafik:
Rathaus Bielefeld, Zefram GFDL,
creativecommons.org/licenses/by/
2.0/de